

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/140

Bonn, den 26. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-------	--	--------

1	<u>BRÜSSEL</u>	23
---	----------------	----

Es geht um den Bestand der EWG

1	<u>Grund zur Zufriedenheit ?</u>	27
---	----------------------------------	----

Zum ausgebliebenen Verkehrschaos

2	<u>Wortbruch</u>	38
---	------------------	----

1963 war Erhard noch "willens, den Reptilienfonds offenzulegen

3 - 4	<u>Wird es einmal eine "europäische Berufsschule" geben ?</u>	97
-------	---	----

Bildungswesen im Umwandlungsprozeß

Von Klaus Rueticus, Hannover

5 - 6	<u>De Gaulle ohne Rivalen ?</u>	80
-------	---------------------------------	----

Frankreich nach dem Scheitern der demokratischen Sammlung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ * +

BRÜSSEL

sp - Beim Zusammenritt des EWG-Ministerrates in Brüssel zu Beginn dieser Woche können wenigstens fünf der sechs Partner damit rechnen, daß die belgische Koalitionsregierung, bestehend aus Christdemokraten und Sozialdemokraten, den bisherigen Außenminister Paul Henry Spak als erfahrenen Europa-Experten mit vermeintlich besonders guten Beziehungen zum fehlenden sechsten EWG-Partner Frankreich als aktiven Mitarbeiter behalten wird. Das ist bei allen anderen Komplikationen, die durch die Abwesenheit der französischen Minister auf dieser Tagung entstehend sind, wenigstens ein kleiner Hoffnungsschimmer. - Nach wie vor bleibt das große Fragezeichen für das Schicksal der EWG Frankreichs Staatspräsident de Gaulle. Wenn man auch in Bonn, Rom, Luxemburg, Den Haag und Brüssel verständlicherweise so tut, als sei Frankreichs Abstinenz von der Beteiligung an den EWG-Verhandlungen mit technischen oder finanziellen Kompromißvorschlägen zu überwinden, so dürfte sich wohl kein Experte darüber täuschen, daß man in Paris vielmehr an der politischen Zielsetzung der Römischen Verträge etwas auszusetzen hat. Aus vielerlei Gründen lehnt Staatspräsident de Gaulle die Aufgabe nationaler Souveränitäten ab und läßt sich auch nicht durch einige für Frankreich günstige Finanzregelungen von der Überzeugung abbringen, daß die EWG dort stehen bleiben soll, wo sie jetzt steht. So betrüblich das sein mag, so notwendig dürfte es bleiben, diese Realität ohne Illusionen Rechnung zu tragen. Im wesentlichen wird es also in Brüssel in dieser Runde darum gehen, den jetzigen Bestand der EWG zu erhalten.

Grund zur Zufriedenheit ?

sp - Zu dem vielfach vorhergesagten Verkehrschaos am letzten Wochenende ist es nicht gekommen. Hunderttausende Autos rollten nach Süden. Nur ganz wenige erreichten infolge von Unfallschäden nicht ihr Ziel. Die Autofahrer bewiesen große Disziplin, sie befolgten die Hörfunk- und Fernsehen ausgegebenen Warnungen, und die Polizei, zum Hülfeinsatz aufgerufen, erwies sich wieder als willkommener Freund und Helfer. Also wäre alles in schönster Ordnung, das Gerede von dem Verkehrschaos wäre nicht gerechtfertigt und jene, die sich darüber Gedanken machten, hätten Unrecht. Trifft dies zu? Gewiß, das letzte Wochenende brachte keine alarmierenden Unfallziffern, die Unfallquote hielt sich unter der Grenze des Normalen. Ein Wochenende allein, auch wenn mit ihm für Millionen reiselustiger Bundesbürger der Urlaub begann, spiegelt das Bild unserer Wirklichkeit nicht getreu wider. Die Wirklichkeit ist: Jährlich sterben durch Unfalltod auf unseren Straßen 16 000 Menschen. Dies entspricht der Bevölkerung einer Kleinstadt. Durch noch so gutes Zureden und durch Disziplin allein wird die Verkehrsnöte nicht beseitigt, sie erfordert jährlich einen schauerlichen Tribut. Unsere Verkehrspolitik bedarf eines gründlichen Umdenkens, neuer Impulse und einer Harmonisierung, die Unfälle auf ein Mindestmaß reduziert. Die letzte Tagung des Deutschen Städtetages hatte darüber Aufschlußreiches zu sagen. Natürlich ist dies auch eine Finanzfrage. Ein Großteil der Unfälle ereignet sich in den Groß- und Mittelstädten, aber auch in kleinen Gemeinden mit ihren engen Straßen. Bund, Länder und Gemeinden konnten sich bisher auf einen gemeinsamen Finanzierungsschlüssel zur Bekämpfung der Verkehrsnöte infolge der ausgebliebenen Finanzreform nicht einigen. Das muß anders werden. Hier ist der Hebel anzusetzen, der fühlbare Erleichterungen verspricht.

Wortbruch

1963 war Erhard noch "willens", den Reptilienfonds offenzulegen

H. B.-er.-Eigentlich ist es schon seit jeher bekannt, daß das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Werbung für die CDU/CSU aus Steuermitteln betreibt. Ganz offenkundig wurde es durch die wenig erfolgreiche, aber doch recht kostspielige Inseratenkampagne "Der Bürger fragt...". Was hintergründig mit den Millionen aus dem Titel 300, dem sogenannten Reptilienfonds, geschieht, läßt sich nur abschätzen. Aber darauf kommt es heute gar nicht entscheidend an. Entscheidend ist vielmehr, daß der noch amtierende Kanzler das zu Beginn seiner Tätigkeit gegebene Wort, wenigstens einen Teil des Reptilienfonds vom Haushaltsausschuß kontrollieren zu lassen, nicht gehalten hat.

In der Fernsehrunde "Unter uns gesagt" war Erhard am 2. Dezember 1963 auf die Erhöhung des Geheimtitels angesprochen worden; weil damals die FDP die Zustimmung zum Titel 300 wegen des Kanzlers Haltung in der Kriegscopferfrage verweigern wollte. Daraufhin erklärte Ludwig Erhard in Brustton vollster Überzeugung:

- * "Das kann mich überhaupt nicht schrecken. Denn erstens einmal
- * ist diese Erhöhung des Titels 300, also des sogenannten Reptilien-
- * fonds, im März dieses Jahres beantragt worden. Da war ich noch
- * nicht im Bundeskanzleramt gesessen. Und daß ich in den ersten
- * Wochen mir nicht zuerst den Haushalt des Bundeskanzleramtes an-
- * gesehen habe, das ist ja wohl verständlich genug. Ich muß Ihnen
- * sagen, ich bin willens, einen Teil dieses Reptilienfonds offen-
- * zulegen und der Kontrolle des Haushaltsausschusses zu unterwerfen!

Erhard ist wortbrüchig geworden. Die Millionen des Reptilienfonds sind weder dem Haushaltsausschuß noch einem Sonderausschuß zugänglich gemacht worden. Der Kanzler aber war "willens". Da er die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat - auch die Richtlinien für den Titel 300 - stellt sich die Frage, was oder wer ihn dazu bewogen hat, seinen vor Millionen Fernsehzuschauern bekundeten Willen zu brechen. Vielleicht seine Wahlkampfmanager aus dem Kanzler- und Presseamt? Vielleicht die Erfolge der SPD bei den Kommunalwahlen 1964? Wie dem auch sei, auf dieses Verhalten paßt am besten das, womit Erhard am 16. Oktober 1963 seine erste Regierungserklärung beschlossen hat: "Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gerinnt ist, der vermehrt das Übel und breitet es weiter und weiter...".

Wird es einmal eine "europäische Berufsschule" geben ?

Bildungswesen im Umwandlungsprozeß

Von Klaus Rusticus, Hannover

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik befindet sich in einem Umwandlungsprozeß. Schulpraktiker und Wissenschaftler bemühen sich redlich, das Ausbildungssystem von gegenwartsfremden Ressentiments zu befreien. Wesentlich beeinflusst werden, zum Teil in verschiedenen Bundesländern bereits gestartete Versuche auf dem weiten pädagogischen Experimentierfeld einmal durch die "EWG-Grundsätze zur Harmonisierung der Berufsausbildung" und zum anderen durch die in Anlehnung daran ausgearbeiteten Vorschläge des "Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen".

Die Harmonisierung der Berufsausbildung

Nach den Grundsätzen der EWG soll sich die Berufsausbildung auf der Basis einer umfassenden allgemeinen Schulbildung vollziehen. Das soll geschehen, indem

- * die "harmonische Entwicklung der Persönlichkeit gefördert,
- * die Berufsausbildung den "Erfordernissen des technischen Fortschritts, der neuen Produktionsmethoden sowie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht wird."

Wer sich mit der pädagogischen Praxis beschäftigt, weiß genau, daß dies zunächst ein Postulat ist. Lernmethoden sind in den EWG-Ländern verschieden. Der organisatorische Aufbau des Bildungswesens ist differenziert, und zwar - wenn man sich das naheliegende Beispiel der Bundesrepublik vor Augen hält - auch im eigenen Lande variabel.

Die Entwicklung seit der Jahrhundertwende

Die Möglichkeit innerhalb der EWG-Länder, Vergleiche anzustellen, erscheint gegeben, nicht aber die sofortige oder auch nur eisbaldige Übersetzbarkeit guter Systeme von einem Lande in das andere. Hier scheint es zunächst aufgegeben, für eine gewisse "schulische Ordnung" unter der Devise der Vereinheitlichung zu sorgen. Das gilt in besonderer Maße für die Bundesrepublik.

Wesentliches Merkmal des etwa seit der Jahrhundertwende in Deutschland entwickelten beruflichen Ausbildungssystems ist die Verbindung von beruflicher Schulen und betrieblicher Lehre bei zunehmender Einschaltung von schulähnlichen Einrichtungen, wie z.B. Lehrwerksstätten, Lehrbüros und auch Lehrbauernhöfen neben Kursen aller Art. Es gibt zwar Institutionen, die solche "pädagogischen Details" unter einer Hut zu bringen versuchen, doch ihre Zusammenfassung in ein festes System der beruflichen Ausbildung war bisher noch nicht möglich.

Ein pädagogischer Modellversuch...

Unter diesem Aspekt gewinnt ein Gutachten Bedeutung, das Professor Dr. Heinrich Abel, Darmstadt, gemeinsam mit erfahrenen Schulpraktikern und Wissenschaftlern im Auftrage der niedersächsischen Großstadt Salzgitter ausgearbeitet hat. Fest steht, daß das Gutachten zum

ersten Male in den EWG-Ländern überhaupt die schulpädagogisch-didaktischen Grundlagen für die Planung und Gestaltung eines Berufsschulzentrums in systematischen Zusammenhang berücksichtigt. Vermutlich zum ersten Male werden ferner die Empfehlungen des "Deutschen Ausschusses" zum "Beruflichen Ausbildungs- und Schulwesen" auf einen Raum (auf Salzgitter im Zonenrandgebiet) übertragen, der nach seiner wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Struktur näher bestimmt wird.

Wenn auch Professor Abel über einen zehnjährigen berufspädagogischen Modellversuch den - möglichst - "europäischen beruflichen Bildungsweg" aufzeigen will, so gilt auch für sein Gutachten trotz mannigfacher Neuerungen und nützlicher Beispiele die Einschränkung, daß sein Aussagewert angesichts der Vielgestaltigkeit des beruflichen Schulwesens überhaupt begrenzt sein muß.

Es bedarf aber keiner Frage, daß das Gutachten diskussionsreif ist.

Der eigentliche didaktische Sinn...

Der Gutachter erkennt elementar nicht die Vorteile des dualen Ausbildungssystems, zum Beispiel durch seine Breitenwirkung und seine Auslesefunktion. Er übersieht aber auch nicht die Schwächen dieses Systems, die besonders beim internationalen Vergleich deutlich werden: Die optimale Relation von intensiverem Lernen und praktischer Arbeit im Betrieb wurde bisher nicht erreicht. Gerade eine günstigere Relation zu erreichen, ist zur gleichen Zeit der didaktische Sinn der vorgeschlagenen Maßnahmen auf der bildungspolitischen Ebene: Hauptschule und Berufsschule, Berufsgrundschuljahr und erweiterter Berufsschulunterricht mit praktischer Fachkunde sollen systematisch in vier Stufen gegliedert und in einem Berufsschulzentrum konzentriert werden.

Theorie und Praxis in guter Harmonie

Hier alle Einzelheiten des über hundert Seiten starken Gutachtens auch nur anzudeuten, erscheint unmöglich. Das wichtigste Fazit daraus entspricht einer alten Erfahrung: Aktive Anschauung, praktisches Selbsterleben und geistige Durchdringung müssen in guter Harmonie zueinander stehen. Es kommt auf das richtige Verhältnis von Theorie und Praxis an. Darin allein liegt das offene Geheimnis des erfolgreichsten Lernvorgangs, den Professor Abel in diesem niedersächsischen Modellversuch verwirklicht sehen möchte.

Dahinter versteckt sich auch das klare Streben, die "europäische Berufsschule" der Zukunft aus der Taufe zu heben. Die Kehrseite des guten lokalen Willens am Rande der Zonengrenze allerdings spiegelt sich in dem Finanzierungsproblem wieder. Diese niedersächsische Stadt muß sich ganz einfach überfordert fühlen, wollte sie die lokale Beseitigung Berufsschulmißstände zur gleichen Zeit mit der Realisierung des Zieles verbinden, aus der eigenen Tasche den - so gesehenen - europäischen Modellversuch zum Durchbruch zu verhelfen. EWG-Mittel für die Erforschung oder Verwirklichung neuer Schulsysteme aber gibt es heute noch nicht, wohl aber zum Beispiel für die Förderung von detaillierten Ausbildungsmaßnahmen. Nachdem nunmehr aber dieses niedersächsische Gutachten den Organen der EWG und der Bundesregierung vorliegt, wäre man doppelt gut beraten, seinen praktikablen Inhalt sorgfältig zu überprüfen und möglicherweise nach einem neuen Finanzierungsmodus für ein solches Vorhaben zu suchen. Denn einen pädagogischen Modellversuch dieser Art am äußersten Rande der EWG zur Praxis reifen zu lassen, wäre ein unüberschaubares Politikum.

De Gaulle ohne Rivalen ?

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Gaston Defferres Plan, in Frankreich eine breite sozialistisch-demokratische Föderation mit Einbeziehung der christlich-demokratischen Volksrepublikaner (MRP) zu schaffen, ist bis auf weiteres gescheitert. Defferre zog daraus die Konsequenzen und verzichtete auch auf seine Kandidatur für die Präsidentenwahl im Dezember dieses Jahres. Diese Kandidatur war für ihn mit einem politisch-organisatorischen Zusammenschluß aller demokratischen Links- und Mittelparteien unlösbar verbunden.

Im Frühling dieses Jahres fand sein Projekt zuerst Widerhall in allen angesprochenen Parteien, bald wuchsen aber die Widerstände. Schließlich war es die Führung der MRP, die Angst vor ihrem eigenen Mut bekam und der großen Hoffnung einer echten Einigung der französischen Opposition ein Ende setzte.

Demokratischer Zusammenschluß ohne MRP

Die Parteikonferenz der SFIO hat nun am 19. Juli die Konsequenz gezogen und mit großer Mehrheit (2.028 gegen 881 Mandate) die Schaffung einer sozialistisch-demokratischen Föderation ohne MRP beschlossen, d.h. den Zusammenschluß der SFIO mit einer Reihe von anderen demokratischen Parteien und Gruppen: Radikale, "Jakobinerklub", "Nouvelle République" und Unabhängige Sozialisten (PSU).

Zwischen der Mehrheit Guy Mollets und der Minderheit Gaston Defferres kam es zu keiner Einigung. Der Bürgermeister von Marseille erstrebt weiterhin eine "große" Föderation, gibt aber gleichzeitig zu, daß die Zeit hierfür noch nicht reif ist.

SFIO zieht Bilanz

Defferre verzichtete diesmal in Clichy darauf, seinen Standpunkt vor den Delegierten nochmals darzulegen. An seiner Stelle lieferten die früheren Minister Jaquet und Gazior ein Rückzugsgefecht. Die Entscheidung war, wie gesagt, schon mit der Kehrtwendung der MRP gefallen und die SFIO-Parteikonferenz hatte nur noch Bilanz zu ziehen.

Die innerparteilichen und gesamtfranzösischen Perspektiven sind damit verschoben. Defferre versuchte einen Sprung nach vorwärts ("Horizont 1980"). Er wollte aus einer strikt sozialistischen Partei eine Volkspartei machen, womöglich eine "Parti Travailleuse", eine Art französischer Labour-Party ohne festgelegte Ideologie. Der Zusammenschluß aller demokratischen Links- und Mittelparteien sollte zu einem neuen Kraftzentrum führen und sowohl auf kommunistische als auch auf gaullistische Wähler eine entscheidende Anziehungskraft ausüben. Für die Zeit "nach de Gaulle" sollte damit eine konkrete Per-

spektive entstehen.

Französische Wahlarithmetik

Mollet hingegen erstrebt zunächst einmal "ein neues 1905", d.h. die Wiedervereinigung der in Frankreich zahlreichen sozialistischen Splittergruppen. Auch er will auf diese Weise den kommunistischen Monolithismus und das gaullistische Regime erschüttern. Er weiß allerdings, daß damit nur ein erster Schritt getan wäre, dem Allianzen und Bündnisse - Wahlbündnisse oder Koalitionsbesprechungen - mit anderen demokratischen Parteien, insbesondere auch mit der KRP, folgen müßten. Das liegt nun einmal in der Logik der französischen Wahlarithmetik und des ganzen Kräfteverhältnisses, das sich in der 5. Republik im Vergleich zur 4. Republik nicht wesentlich geändert hat.

Tatsachen und Ziffern

Die paradoxe Situation der französischen Innenpolitik ist durch folgende Tatsachen und Ziffern gekennzeichnet. Nach dem ersten Wahlgang der letzten Parlamentswahlen 1962 stand die SFIO an dritter Stelle, nach den Gaullisten und den Kommunisten. Nach dem zweiten Wahlgang wurde sie aber mit 63 Abgeordneten zur zweitstärksten Fraktion der Nationalversammlung (an erster Stelle stehen die Gaullisten). Die SFIO steht auch im Senat mit 52 Sitzen an zweiter Stelle. Aus den Kantonalratswahlen im März 1964 ging die SFIO jedoch im ganzen Land mit 286 Kantonalräten als stärkste Partei hervor.

Die SFIO hat ungefähr 90.000 Mitglieder, die beiden stärksten Provinzorganisationen sind Marseille und Umgebung unter der Führung von Gaston Defferre (11.726 eingeschriebene Mitglieder) und Nordfrankreich unter der Führung von Guy Mollet (mit 10.435 Mitgliedern). Das Pariser Zentralorgan "Le Populaire" hat eine Auflage von nur sechstaussend, die SFIO verfügt aber in Nord-, Süd- und Mittelfrankreich über eine Reihe von Blättern mit Massenauflagen. Guy Mollet wurde seit 1946 immer wieder vom Parteivorstand (33 Mitglieder) zum Generalsekretär gewählt. Sein Vorgänger war bis 1946 Daniel Meyer, derzeit Präsident der Liga für Menschenrechte.

Entscheidung im Herbst

Wenn bis zum Jahresende keine neuen und umstürzenden Änderungen in der französischen Innenpolitik eintreten, kann de Gaulle im Dezember 1963 ohne ernstzunehmenden Rivalen von neuem als Staatspräsident kandidieren. Wahrscheinlich hätte auch Defferre als Kandidat der demokratischen links- und Mittelparteien unter den gegebenen Umständen nur einen Achtungserfolg erzielen können. Die Kommunistische Partei hätte jedenfalls dafür gesorgt, durch eine eigene Kandidatur die Kräfte der Opposition zu spalten und einen Wahlsieg de Gaulles zu erleichtern.

Nach dem Rückzug Defferres sind de Gaulles Chancen vorläufig noch weiter gestiegen, wobei allerdings immer noch nicht offiziell feststeht, ob er tatsächlich entschlossen ist, in eigener Person Frankreichs Geschichte für weitere sieben Jahre zu leiten. Der Herbst dieses Jahres könnte in der französischen Innenpolitik noch einige Überraschungen bringen.